

Ingenieurschüler erstreikten neue Hochschulen

Vor 50 Jahren wurden in NRW 13 Fachhochschulen gegründet – auch in Soest

VON ARP HINRICHS

Westfalen/Soest – Bis zu ihrer Errichtung war es ein steiniger Weg, und sie sollten eigentlich nur eine Übergangslösung sein. Und doch feiern die Fachhochschulen (FH) in Nordrhein-Westfalen am 1. Juli ihr 50-jähriges Bestehen. Mit ihnen wird eine Bildungsreform gewürdigt, die die Aufstiegschancen, die sogenannte „soziale Mobilität“, klar gesteigert hat.

Fachkräftemangel

Ab Mitte der 50er Jahre waren in Deutschland verstärkt Ingenieurschulen gegründet worden. Wirtschaftswunder und technischer Fortschritt verlangten Fachkräfte in großen Mengen. Der damalige nordrhein-westfälische Kultusminister Paul Mikat (CDU) ordnete 1964 die Gründung von sechs Ingenieurschulen in Bochum, Lemgo, Minden, Recklinghausen, Remscheid sowie in Soest mit der Außenstelle Meschede an. Zugangsvoraussetzung waren eine zehnjährige Schulbildung und eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Zweijahrespraktikum; oft war wegen zu vieler Bewerber zusätzlich eine Aufnahmeprüfung zu bestehen.

Das dreijährige Studium fand unter Anwesenheitspflicht im Klassenverband statt – mit fast 40 Unterrichtsstunden an sechs Tagen pro Woche. In dem „seminarische Unterricht“ schloss sich dem Vortrag eines „Baurats“ (so hießen die Dozenten) ein „Lehrgespräch“ an. Der Fächerkanon ähnelte dem eines heutigen Ingenieurstudiums – allerdings mit mehr allgemeinbildenden Fächern wie Staatskunde, Medizin, Literatur und Psychologie. Bei ausreichenden Noten wurde man ins nächste Semester „versetzt“. Mit der Graduierung zum Ingenieur (Ing. grad.) schloss das sechsemestrige Studium ab. Bei gutem Abschluss erhielten die Absolventen zusätzlich die Zugangsmöglichkeit zu Technischen Hochschulen (Hoch-



Gesittete Demo: Studenten der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen Soest (SISM) beteiligten sich 1968/69 an den friedlichen Studentenprotesten und lösten damit eine Bildungsreform aus. Das Foto stammt von dem ehemaligen Ingenieursschüler Karl Beck.

schulreife) zugesprochen, wo sie weiterstudieren konnten. Der Anteil an Arbeiterkindern war unter den Ingenieurstudenten dreimal so hoch wie an den Hochschulen.

Die anderen „68er“

Aufgrund neuer Verträge der EWG (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Vorläufer der EU) fürchteten die Studierenden, dass ihre Abschlüsse international nicht anerkannt würden. Denn das von den Kultusministern der Länder geplante Akademiegesetz sollte, so die Kritik, die Ingenieure zu Technikern degradieren und sie gegenüber ausländischen Absolventen benachteiligen. Ihr Bildungsgrad sollte nicht an die Hochschulen angelehnt, sondern als „berufliche Ausbildungsstätten“ eingeordnet werden. Ähnlich wie die politisierten

„68er“ an den Universitäten, nahmen die Ingenieursschüler das Zepter in die Hand. In einer zweifachen großen Streikwelle waren bundesweit zeitweise fast alle Ingenieurschulen geschlossen, Lehrbetrieb und Prüfungen wurden boykottiert. Anders als die bis heute in Medien und Geschichtsschreibung dominanten linken, SDS-nahen und oft gewalttätigen Proteste, die sich auch gegen den Vietnamkrieg und die US-Regierung gegen die Pläne der Bundesregierung für Notstandsgesetze sowie gegen Alt- und Neonazis richteten, blieben die Ingenieursschüler weitgehend friedlich. Und während die Studenten in Berlin oder Frankfurt „Ho, Ho, Ho Chi Minh“ skandierten und den vietnamesischen Präsidenten feierten, wurden in Soest oder Münster „Ho, Ho, Ho, Hoff weg!“-Rufe laut: Dieser Protest zielte auf die Bildungspolitik und auf NRW-Kultusminister Fritz Holthoff (SPD).

Zwar verübte in Meschede eine mutmaßlich auswärtige Studentengruppe zwei Sabotageakte, um den laufenden Studienbetrieb zu unterbinden – aber das war ein Einzelfall. In Soest setzten sich die Streikenden auf zusammengefallenen Zeitungen auf den Marktplatz und blockierten den Verkehr. Von Unruhestiftung keine Spur: Sie suchten das Gespräch mit den Bürgern und besuchten hierzu die Gewerkschafter des Soester Turnvereins (STV). Und als es im nahe gelegenen Dorf Osttönen zu einer Über-

schwemmungskatastrophe kam, halfen sie beim Aufräumen. Der Soester Anzeiger titelte: „Streikende Studenten informieren und helfen“.

Die Ingenieursschüler forderten eine Verbesserung und Anerkennung ihres Studiums (siehe Kasten). Aber auch diese friedlichen und demokratischen „68er“ wollten mehr Mitsprache, eine Demokratisierung von Bildung. Doch blieb die Politik zunächst hart: Die sozialliberale Koalition, die unter Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) inzwischen in NRW regierte, verfolgte weiter das Akademiegesetz statt einer umfassenden Bildungsreform. Am 6. Mai 1968 traf Kultusminister Holthoff in Düsseldorf eine studentische Abordnung – mit dem Soester Asta-Vorsitzenden Ulrich Gerdemann und seinem Vertreter Helmut Völkler. Doch das Gespräch endete ohne Annäherung.

Als Mitte Mai die SPD ihr Akademiegesetz durch den Landtag bringen wollte, witterte die oppositionelle CDU die Gunst der Stunde und beantragte die Errichtung von Fachhochschulen. Damit wurde ein bundesweiter Richtungswechsel eingeleitet. Auch in der Folgezeit bewegten sich CDU und FDP meist näher an den Forderungen der Ingenieursschüler.

Proteste wirken

Anfang Juni 1968 beschloss die Kultusministerkonferenz (KMK), dass die Ingenieursschulen in Akademien umgewandelt werden und in das berufsbildende Schulwesen eingegliedert bleiben sollten.

FORDERUNGEN DER INGENIEURSSCHÜLER

Bildungsreform und Aufwertung

Die Forderungen der Studierenden an den Ingenieurschulen zielten nicht vorrangig auf gesellschaftliche und politische Themen, sondern auf eine **Verbesserung der Ausbildung**. Sie verlangten eine **Aufwertung** ihrer und ähnlicher Bildungsgänge, die einem Gesamt-Hochschulbereich zugeordnet werden sollten. Diesen Hochschulen sollte wie den Universitäten das Recht auf Selbstverwaltung eingeräumt werden. Damit verbunden war eine **Studienreform**, die **weniger Verschulung** bieten und den Lehrbetrieb den Universitäten angleichen sollte. Hinzu sollten eine Neuordnung der Zugangswege und die **Anhebung der Eingangsvoraussetzungen** für Ingenieursschüler (polytechnisches Abitur) kommen. Auch die **internationale Anerkennung** ihrer Ausbildung war den Studenten wichtig.

Eine Reform in Richtung Hochschule war damit vom Tisch. Der bundesweite Streik an den Ingenieurschulen brannte erneut und stärker auf, auch innerhalb der Parteien bröckelte die Front. Bereits einen Monat später lenkten die Ministerpräsidenten ein und beschlossen am 5. Juli 1968 die Errichtung von Fachhochschulen als neuen Hochschultypus. Der Sozialwissenschaftler Prof. Dr. Helmut Kahler bezeichnete dies rückblickend als „Gründungscharta der Fachhochschulen“.

Friedlicher Erfolg

Die streikenden Ingenieursschüler hatten einen ersten Erfolg errungen und beendeten die Streiks. Als sich 1969 in NRW ein erneuter Etiketten- und schwindel abzeichnete, kam es zu einer zweiten Streikphase, die schließlich zur tatsächlichen Umsetzung der Forderungen führte: Am 2. Juli 1969 beschloss der Land-

tag das Fachhochschulgesetz (FHG), worin die Grundzüge der neuen Hochschulform benannt wurden. Die Durchführungsbestimmungen folgten zwei Jahre später mit dem Fachhochschulerrichtungsgesetz (FHEG).

Damit hatten die friedlichen 68er ihre Forderungen durchsetzen können. Trotzdem ist diese vorbildlich demokratische Protestbewegung weitgehend vergessen.

Übergang 1969-1971

Um die Zeit bis zur FH-Realisierung zu überbrücken, bedurfte es Sonderregeln für den Übergang – zu groß war die Diskrepanz zwischen den Forderungen der Studenten und dem Betrieb der Ingenieurschulen. Im August 1969 erlaubten deshalb zwei Erlasse, Studienverlauf und Prüfungen nach Bedarf neu zu regeln; auch die schulartliche „Versetzung“ wurde im Sommersemester 1970 außer Kraft gesetzt. An den Ingenieurschulen herrschte eine

experimentelle Phase.

Die Politik hatte Fakten geschaffen und dabei vieles offen gelassen, etwa die Standorte und deren fachliche Ausrichtung. Andererseits musste der neue Hochschultypus bis 1971 verwirklicht sein; neben einer streikbereiten Studentenschaft und einer Landtagswahl hatte man die ersten Absolventen der 1969 gestarteten Fachhochschulen (FOS) im Nacken, die – ausgestattet mit der neuen Fachhochschulreife – 1971 einem Studium an den Fachhochschulen entgegenstrebten.

Kurze Eigenständigkeit

Mitten in diesem Prozess übernahm Johannes Rau (SPD) das NRW-Ministerium für Wissenschaft und Forschung. Das Fachhochschulerrichtungsgesetz wurde im Mai 1971 vom NRW-Landtag mit denkbar knapper Mehrheit verabschiedet. Es begründete 13 Fachhochschulen, die zum 1. Juli 1971 zu meist jeweils aus der Zusammenfassung mehrerer etablierter Ingenieurschulen und Höherer Fachschulen gebildet wurden – so auch in Dortmund, Hagen sowie in Paderborn, die Fachhochschule Südost-Westfalen mit den Abteilungen Höxter, Meschede und Soest. Der Gegenentwurf der CDU-Opposition hatte eine Fachhochschule Hellweg-Sauerland vorgesehen.

Weitgehend einig war sich die Politik darin, dass Fachhochschulen zwar gegründet werden, aber möglichst bald in die ebenfalls neu geschaffenen Gesamthochschulen integriert werden sollten. So war den Hochschulen neuen Typs zunächst nur ein kurzes selbstständiges Leben beschieden. Bereits 1972 gingen sie in den als Großhochschulen angelegten noch neuere Gesamthochschulen auf.

Diese ermöglichten ein Studium sowohl mit Fach- als auch mit Vollabitur in sogenannten „integrierten Studiengängen“. Sie wurden – mit einer Ausnahme in Hessen – ausschließlich in NRW gegründet: in Duisburg, Essen, Siegen, Wuppertal und Paderborn. An diese dockte die Fachhochschule Südost-Westfalen an.

In den 30 Jahren ihres Bestehens wandelten sich die Gesamthochschulen in klassische Universitäten. In solche wurden sie in NRW 2003 auch offiziell überführt. Ein Jahr zuvor waren die Fachhochabteilungen ausgegliedert und mit anderen Fachhochschulen zusammengeführt worden: Soest und Meschede verbanden sich mit der Märkischen Hochschule (Standorte Hagen und Iserlohn) zur Fachhochschule Südwestfalen. Seit 2012 hat sie einen weiteren Standort in Lüdenscheid.

Die Fachhochschulabteilungen legten ihren bildungspolitischen Auftrag und ihre praktische Ausrichtung, knüpften enge Verbindungen zur Industrie und verstärkten ihre Forschungsaktivitäten. Die Einführung des Bachelor-Master-Systems ab 2002 stellte eine Gleichwertigkeit von Universitäts- und FH-Abschlüssen her.

Jubiläumsschrift

Arp Hinrichs: 50 Jahre Fachhochschul-Studium in Soest. Geschichte und Geschichten eines Hochschulstandorts, Soest, 235 S., 15 Euro (zu beziehen über den Verein der Freunde des Soester Hochschulcampus e.V., LÜ-becker Ring 2, 59474 Soest, Tel.: 02912/878-3262. Mail: hinrichs.arp@fh-swf.de; Internet: www.fh-swf.de/cms/vdf-soest)



Mit einem Autokorso feierten im Sommer 1967 die ersten 20 Absolventen der Soester Ingenieurschule ihren Abschluss. Der Berufsausschitt wegen gingen viele nach Süddeutschland. FOTO: SAMMLUNG KERKHOFVALLS DER JUBILÄUMSSCHRIFT

PAUL MIKAT

NRW-Kultusminister und Vater der „Mikätzchen“

Der CDU-Politiker Paul Mikat (1924-2011) war von 1962 bis 1966 NRW-Kultusminister. Wegen der vielen Verfügungen aus seinem Ministerium benannte man nach ihm scherzhaft eine Zeiteinheit, die den mittleren Abstand zwischen zwei Erlassen umfasst. Mit einem dieser Erlasse wurde zum 1. Oktober 1964 die Staatliche Ingenieurschule für Maschinenwesen in Soest gegründet.



Als Maßnahme gegen den Lehrermangel führte er eine Kurzausbildung ohne den klassischen Weg über Studium und Staatsexamen ein. Diese Lehrerinnen und Lehrer wurden umgangssprachlich „Mikätzchen“ bzw. „Mikater“ genannt. In Mikats Amtszeit fiel auch die Gründung neuer Universitäten in Bochum, Düsseldorf, Bielefeld und Dortmund.

Mikat war das uneheliche Kind einer Ärztin; sein Vater soll katholischer Priester gewesen sein. Er wuchs bei Adoptiveltern in Essen auf, studierte Theologie und Jura. Von 1957 bis 1990 lehrte er Rechtswissenschaften an den Universitäten Würzburg und Bochum. Von 1969 bis 1987 saß er für die CDU im Bundestag. Zu seinen vielen Ämtern und Ehrungen zählte die Ernennung zum „Ritter des Ordens wider den tierischen Ernst“. 2009 wurde bekannt, dass er 1943 in die NSDAP eingetreten war; Mikat äußerte sich dazu nicht.

ULRICH GERDEMANN

Vom Soester Streikführer zum Siemens-Manager

Das geplante Akademiegesetz löste 1968 deutschlandweit Streiks an den Ingenieurschulen aus. Ulrich Gerdemann, Vorsitzender des Allgemeinen Studentenausschusses (Asta) der Soester Ingenieurschule, führte im April 1968 den Streik an: „Wir können keinem Gesetz zustimmen, das auf dem Prinzip der Kostenersparnis und alter Tradition aufgebaut ist und keinen Beitrag zur Reform des Bildungswesens in NRW leistet.“ Die von den Streikenden geforderten Reformen sollten durch eine bloße Namensänderung in „Akademie“ abgewendet werden. Der Elektrotechnik-Student gehörte zu einer Studenten-Abordnung, die beim damaligen Kultusminister Fritz Holthoff (SPD) in Düsseldorf vorsprach. Erfolgreich waren jedoch erst ausgeweitete Proteste. Gerdemann selbst machte nach seinem Abschluss zum Ingenieur (grad.) Karriere bei Siemens. So leitete er verschiedene Abteilungen und



Ulrich Gerdemann 1968 als Asta-Vorsitzender der Soester Ingenieurschule (links) und als Siemens-Manager.

Geschäftsgebiete, etwa Zellstoff- und Papierherstellung, Infrastruktur-Schiffbau-Flughäfen-Prüftechnik und Industrial Services.